

Titel:

**Der Einfluss des Erwerbseinkommens des Partners auf die
Erwerbsbeteiligung von Frauen in den alten und neuen Bundesländern**

Autor:

Markus Kasseckert

Diese wissenschaftliche Arbeit wurde im Rahmen eines Master-Studiums
Sozialwissenschaften
an der

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

verfasst.

Magdeburg, 08.12.2017

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Entwicklungslinien deutscher Familien- und Arbeitspolitik.....	5
3. Zum Stand der Erforschung von Einflussfaktoren der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt.....	10
3.1. Forschungsstand.....	11
3.2. Hypothesen.....	13
4. Ergebnisse der Untersuchung.....	15
4.1. Methode und Datenbeschreibung.....	15
4.2. Ergebnisse.....	16
5. Resümee.....	20
6. Literaturverzeichnis.....	22

1. Einleitung

Der Begriff „*gender pay gap*“ und die damit verbundene Tatsache, dass in Deutschland auch heutzutage Frauen in vielen Berufen für gleiche Arbeit weniger Entgelt erhalten als ihre männlichen Kollegen, sorgt zu Recht immer wieder für Diskussionen und genauere Betrachtungen der Arbeitsmarktsituationen von Frauen. Dies wird oft mit einem konservativen Frauenbild verbunden, in dem Frauen vor allem für eine gelingende Reproduktionsarbeit zuständig sind, wohingegen die Männer der Familie für die finanzielle Absicherung sorgen. Abseits der ebenso wichtigen moralischen Dimension dieses Problems, die vor allem die normative Frage nach adäquater Emanzipation stellt, ist es auch von Bedeutung, sich die Auswirkungen dieser Umstände hinsichtlich der Partizipation von Frauen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt anzuschauen. Die vorliegende Arbeit möchte sich also vor allem der Frage widmen, ob die Höhe des Partnereinkommens einen Einfluss auf den Grad der Erwerbsbeteiligung von Frauen hat.

Die spezifisch deutsche Nachkriegsgeschichte, mit Teilung und Wiedervereinigung des Landes, macht es notwendig, sich im Rahmen solcher Betrachtungen immer auch die Frage zu stellen, ob die Teilungsgeschichte unter zwei konträren politischen Ideologien nach wie vor einen Einfluss auf die gesellschaftliche Struktur je nach Region hat. Kurz gesagt geht die Untersuchung folgender Frage nach: Beeinflusst die Höhe des Partnereinkommens die Erwerbsbeteiligung von Frauen? Sind regionale Unterschiede – unterteilt in neue und alte Bundesländer – der Stärke dieses Effekts sichtbar?

Um diesen Fragen nachzugehen ist es sinnvoll, im folgenden Kapitel zunächst die Entwicklungslinien der deutschen Familien- und Arbeitsmarktpolitik der BRD einerseits und der DDR andererseits nachzuzeichnen, da sich möglicherweise auftretende Unterschiede aus der Historie erklären lassen könnten. Das dritte Kapitel widmet sich dem bisherigen Stand der Forschung auf diesem Gebiet, da vor allem in anderen europäischen Ländern bereits Untersuchungen zu der Frage nach Einkommenseffekten vorliegen, bevor am Ende des Kapitels Hypothesen aus den Entwicklungslinien und dem bisherigen Stand der Forschung abgeleitet werden. Anschließend werden die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung vorgestellt und interpretiert bevor sie im fünften Kapitel noch einmal zusammenfassend dargestellt werden.

Einfluss des Erwerbseinkommens des Partners auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen

Es werden dort auch mögliche Probleme und Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Untersuchung diskutiert sowie Bedingungen für künftige anschlussfähige Forschungsvorhaben auf diesem Gebiet vorgeschlagen.

2. Entwicklungslinien deutscher Familien- und Arbeitspolitik

Der grundsätzliche Partizipationsgrad von Frauen am deutschen Arbeitsmarkt kann nicht verstanden werden, ohne die Entwicklungslinien der deutschen Familienpolitik nachzuzeichnen. Dabei ist die Geschichte deutscher Familienpolitik eng mit der einstigen Teilung Deutschlands verbunden und es wird zu zeigen sein, dass diese beiden ideologisch stark unterschiedlichen Entwicklungsstränge bis heute einen Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung respektive das geleistete Arbeitsvolumen von Frauen haben.

In den 1950er Jahren galt Frauenerwerbstätigkeit respektive die Erwerbstätigkeit von Müttern in den von westlichen Alliierten besetzten Gebieten zunächst als „*Bedrohung der Funktionserfüllung von Familie*“¹. Es galt das traditionelle Familienmodell, in dem der Mann als alleiniger Ernährer fungiert und der Frau die Rolle der Hausfrau und Mutter zukommt. ROSENBAUM und TIMM sprechen in diesem Zusammenhang treffend vom „*Hausfrauenmodell der männlichen Versorgerehe*“². Einen besonders starken Einfluss übten dabei die sozialetischen Fundamente der katholischen Kirche auf die Politik aus³, was sich realpolitisch durch den Sieg der CDU bei den Bundestagswahlen 1949 manifestierte. So haben sich allein 1958 noch 61 % der Frauen für ein Erwerbsverbot für Mütter mit unter zehnjährigen Kindern ausgesprochen⁴. In den 1960er Jahren wurde das traditionelle Familienbild, in dem der Mann der einzige Versorger der Familie ist, sukzessive von einer liberalen Perspektive abgelöst, die ab 1969 durch die sozialliberale Koalition forciert wurde. Dieser Wertewandel hinsichtlich weiblicher Erwerbstätigkeit hatte nach PEUCKERT vor allem zwei Gründe⁵: erstens entwickelten Industrie und Verwaltung ein gesteigertes Interesse an der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen, da hierin ein bis dahin ungenutztes Arbeitskräftepotenzial lag. Zweitens wurde diese Tendenz von der staatlichen Bildungspolitik flankiert, die nunmehr die (Berufs-)Qualifikation von Frauen vorangetrieben hat.

1 Gerlach, I.: *Familienpolitik*. 2. akt. & überarb. Aufl. Wiesbaden 2010. S. 245.

2 Rosenbaum, A. / Timm, E.: *Private Netzwerke im Wohlfahrtsstaat. Familie, Verwandtschaft und soziale Sicherheit im Deutschland des 20. Jh.* Konstanz 2008. S. 28.

3 Vgl. ebd. S. 29.

4 Vgl. Peuckert, R.: *Familienformen im sozialen Wandel*. 7., vollst. überarb. Aufl. Wiesbaden 2008. S. 229.

5 Vgl. ebd.

Es kann nicht davon gesprochen werden, dass damit eine grundsätzliche Abkehr von der traditionellen Rollenverteilung von Mann und Frau stattfand. Vielmehr wurde damals begonnen, auf die Rechte und Bedürfnisse der einzelnen Familienmitglieder zu blicken. GERLACH bezeichnet diese Trendwende als einen Wandel von einer „*Institutionenpolitik*“ hin zu einer „*Institutionenmitgliederpolitik*“⁶. Frauen wurden politisch also ein Stück weit „*entfamiliarisiert*“⁷ wobei das Hauptaugenmerk auf der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Hausarbeit bzw. kindlichen Betreuungsaufgaben lag⁸. Als konkrete politische Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang – neben dem oben erwähnten Ausbau der Qualifizierung von Frauen – vor allem das Erziehungsgeld und die Elternzeit zu nennen, die es Frauen ermöglichte, ihre Erwerbstätigkeit mit ihren traditionellen Aufgaben der familiären Sphäre zu verbinden. Tatsächlich kehrten infolge dieser und weiterer Maßnahmen 50 % der Frauen in das Erwerbsleben zurück, wovon allerdings die Mehrzahl Teilzeitstellen präferierte⁹. Das westdeutsche Familienbild und damit auch die westdeutsche Familienpolitik bis zur Wiedervereinigung, lassen sich also vereinfacht als eine Transformation vom Hausfrauenmodell der männlichen Versorgerehe hin zu einem teil-emanzipierten Mischmodell der fraulichen Teilzeit-Erwerbs- und Teilzeit-Reproduktionsarbeit beschreiben, in welchem der Frau das Recht auf die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zugestanden wird, ohne jedoch die ihr traditionell auferlegte Pflicht der Haushaltsführung und Kinderbetreuung zu vernachlässigen.

Die Arbeitspolitik für Frauen respektive Familienpolitik der DDR stand ganz im Zeichen des sozialistischen Arbeitsgedankens, nach dem jeder arbeitsfähige Mensch seinen produktiven Beitrag zum Fortschritt der Gesellschaft beizutragen hatte und damit auch politisch für die Arbeiterbewegung verpflichtet wurde¹⁰. TRAPPE unterteilt die Entwicklungslinien der ostdeutschen Arbeitsmarkt- und Familienpolitik in chronologische Etappen, die im Folgenden einer kurzen Betrachtung unterzogen werden¹¹.

6 Vgl. Gerlach a.a.O., S. 247 f.

7 Vgl. Peuckert a.a.O., S. 231.

8 Vgl. Gerlach a.a.O., S. 246.

9 Vgl. ebd. S. 269.

10 Vgl. Trappe, H.: *Emanzipation oder Zwang. Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik*. Berlin 1995. S. 49.

11 Vgl. ebd. S. 37 ff.

Die Nachkriegsjahre bis 1957 waren zunächst von einer „*Frauenarbeitspolitik*“ geprägt, wobei Frauen zuerst durch Integration in gesellschaftliche Vereinigungen in das öffentliche Leben und schließlich direkt in den Arbeitsprozess involviert wurden¹². Die Familienpolitik der sechziger Jahre wurde vorrangig durch das „*Familiengesetzbuch der DDR*“¹³ bestimmt, welches die künftige Synergie aus der Intensivierung der beruflichen Qualifizierung von Frauen einerseits und das Hervorheben der Erziehungsfunktion der Familie für nachfolgende Generationen andererseits festschrieb. Dies mündete schließlich in einen Ausbau des staatlichen Betreuungs- und Unterstützungssystems für Familien, was sich zunächst in der Etablierung öffentlicher Kindereinrichtungen sowie der sogenannten „*Babyjahr-Regelung*“ widerspiegelte, nach der für Frauen die zeitlich begrenzte Freistellung für die Zeit nach der Geburt sukzessive ermöglicht wurde¹⁴. An den Ausführungen ist abzulesen, dass auch die Familienpolitik der DDR von einem traditionellen Familienbild geprägt war, in dem vor allem der Frau die Reproduktionsarbeit überlassen wurde. Allerdings geschah dies im Gegensatz zur BRD mit umgekehrten Vorzeichen. Die Familienpolitik der DDR fokussierte anfangs klar auf die vollumfängliche Einbindung von Frauen in die Erwerbsarbeit und versuchte später, als Folge daraus, der ihnen zugeschriebenen Sozialisationsfunktion durch eine Kombination aus begrenzter Freistellung und der Etablierung staatlicher Betreuungseinrichtungen gerecht zu werden. PEUCKERT resümiert daher, dass es in der DDR für Frauen nicht nur ein „*Recht auf Arbeit*“ sondern immer auch eine „*Pflicht zur Arbeit*“ gab¹⁵. Dies führte schließlich zu einem sehr hohen Anteil vollzeiterwerbstätiger Mütter von 90 % vor der Wende¹⁶, so dass in diesem Zusammenhang nicht von dem für die BRD postulierten Hausfrauenmodell der männlichen Versorgerehe gesprochen werden kann, sondern vielmehr von einem staatlich geförderten und damit durchaus verbreiteten Zweiverdienermodell.

Die nach der Wiedervereinigung nach und nach durchgeführte wirtschaftliche und soziale Umstrukturierung und die damit verbundene Oktroyierung des sozialen Systems der alten auf die neuen Bundesländer, führte erstens zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen in den neuen Bundesländern, von dem insbesondere Mütter betroffen waren und zweitens – als Folge daraus – zu einer allmählichen Angleichung der statistischen Werte der neuen

12 Vgl. ebd. S. 37.

13 Vgl. ebd. S. 38.

14 Vgl. ebd. S. 39.

15 Vgl. Peuckert, a.a.O., S. 232.

16 Vgl. ebd.

an jene der alten Bundesländer¹⁷. Dennoch lässt sich anhand eines Vergleichs der Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitszeitmodelle, die historisch bedingte dichotome Pfadabhängigkeit beider Teile Deutschlands ablesen. So betrug noch im Jahr 2009 die Vollzeitquote unter allen erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland 56,8 %, in Westdeutschland hingegen 24,1 %. Die Teilzeitquote stellt sich spiegelbildlich dar: in Ostdeutschland betrug sie 43,2 %, in Westdeutschland 75,1 %, wobei sie unter ostdeutschen Vätern 6,4 % und unter westdeutschen Vätern 3,7 % betrug¹⁸. Daran lässt sich ablesen, dass das Teilzeitmodell besonders von westdeutschen Müttern präferiert wird, wohingegen in Ostdeutschland nach wie vor das Zweiverdiener-Vollzeitmodell vorherrscht, sofern entsprechende Voraussetzungen durch den regionalen Arbeitsmarkt gegeben sind. Flankiert werden diese Ergebnisse von einer Umfrage aus dem Jahr 2002, derzufolge 41 % der westdeutschen Frauen die Rolle als Hausfrau ohne gleichzeitiger Erwerbstätigkeit als ebenso erfüllend empfinden, wie gegen Bezahlung zu arbeiten¹⁹. Nach wie vor scheint die systembedingt unterschiedliche Familienpolitik und damit die unterschiedliche Sozialisation der alten und neuen Bundesländer in den Haltungen von Frauen und Müttern hinsichtlich der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu differieren.

Ein weiterer Faktor, der neben der bereits dargestellten, verschiedenen Sozialisation durch die Geschichte beider deutscher Staaten bis 1990 eine Rolle spielt, wenn es um die Frage geht unter welchen Umständen Frauen eher dazu neigen, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben respektive ihr Arbeitsvolumen zu senken, könnte die Lohnpolitik sein, die nach wie vor erhebliche Lohnunterschiede zwischen Ost und West und zwischen den Geschlechtern zulässt. Laut Statistischem Bundesamt war der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen im Schnitt 21 % geringer, als derjenige von Männern, wobei sich im Ost-West-Vergleich deutliche Unterschiede zeigen: in den alten Bundesländern betrug die Differenz 23 %, in den neuen Bundesländern hingegen 7 %²⁰. An dieser Stelle sei jedoch anzumerken, dass es sich bei diesen Prozentwerten um keine, alle Wirtschaftszweige umfassende Durchschnittszahl handelt, da sowohl Landwirtschaftsbetriebe, Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten als auch die öffentliche Verwaltung nicht berücksichtigt sind.

17 Vgl. ebd. S. 232.

18 Für alle Werte vgl. Gerlach, a.a.O., S. 126.

19 Vgl. Peuckert a.a.O., S. 232.

20 Zahlen nach Statistischem Bundesamt: Abrufbar unter:

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Qualitaet/Arbeit/Dimension1/1_5_GenderPayGap.html.

Letzter Zugriff: 14.05.2018.

Ferner wird bei der Ermittlung der Maßzahl nicht zwischen Teilzeit- und Vollzeittätigkeit unterschieden, wodurch eine Verzerrung entsteht. Dennoch lässt sich anhand der Zahl eine gewisse Tendenz ablesen, die darüber hinaus durch Untersuchungen von LILLEMEIER und SCHÄFER flankiert werden, in der sie feststellen, dass die Lohndifferenzen mit der Höhe der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit steigen. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 bis 40 Stunden kann die Differenz bis zu 1.200 € betragen²¹. Deutlich wird dieser Umstand auch bei einem Blick auf das Verhältnis von Arbeitszeitvolumen und Lohnsumme. Der Anteil von Frauen am Gesamtarbeitsvolumen beträgt demnach 42,2 %, wohingegen der Anteil der Lohnsumme bei 36,5 % liegt²².

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass historisch gewachsene Umstände, die zu geschlechtsspezifischen Beschäftigungs- und Entlohnungsstrukturen geführt haben, nach wie vor einen grundsätzlichen Unterschied erkennen lassen, der sich innerhalb seines Spektrums tiefgehender auch weiterhin in Differenzen zwischen Ost und West äußert.

21 Lillemeier, S. / Schäfer, C.: *Die Verteilung von (Frauen)Zeit und (Frauen)Geld auf dem „Arbeits“-Markt. Bewegt sich die Gleichstellungsschnecke überhaupt?* In: Jung, T. (Hrsg.): *In Arbeit. Emanzipation: feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik*. Münster 2014. S. 132-149. Hier S. 136.

22 Vgl. ebd. S. 136 f.

3. Zum Stand der Erforschung von Einflussfaktoren der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt

Es existieren bereits eine Reihe von Forschungsbeiträgen, die sich einerseits mit der Erwerbstätigkeit von Frauen allgemein und speziell mit den Faktoren beschäftigen, die dazu führen, dass Frauen die wöchentliche Arbeitszeit herunterfahren oder aber nicht (mehr) am Erwerbsleben teilnehmen. Häufig werden dabei allerdings die Faktoren getrennt voneinander betrachtet und Kausalitäten mithilfe qualitativer Verfahren ermittelt. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, mögliche Faktoren, die Einfluss auf das Erwerbsmodell von Frauen haben könnten, miteinander zu kombinieren und schließlich Aussagen darüber treffen zu können, welchen Einfluss bestimmte Faktoren respektive ein bestimmtes Set an Faktoren auf die Wahrscheinlichkeit hat, dass eine Frau ein bestimmtes Erwerbsmodell wählt.

3.1. Forschungsstand

Auf europäischer Ebene sind innerhalb dieses Themengebietes vor allem die Arbeiten von HENDRICKX et. al.²³ sowie VERBAKEL und DE GRAAF²⁴ zu nennen, die in ihren Untersuchungen jeweils auf den Einfluss der Lebensumstände und Einstellungen des Partners auf die Erwerbstätigkeit von Frauen fokussierten. Ferner ist das Forschungskonglomerat um BATHMANN et. al. zu beachten, welches die Karrierechancen von Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der individuellen Paarbeziehung mithilfe eines vordergründig qualitativen methodischen Zugangs in den Blick nimmt²⁵. Im Folgenden sollen lediglich die Untersuchungsergebnisse von HENDRICKX et. al. sowie VERBAKEL und DE GRAAF kurz zusammengefasst werden, da sie sowohl methodisch und thematisch der vorliegenden Arbeit näher stehen als auch eine Darstellung der Ergebnisse von BATHMANN et. al. den Rahmen zu sehr öffnen würde.

23 Hendrickx, J. et. al.: *Couples' labour-market participation in the Netherlands*. In: Blossfeld, H.-P. / Drobnic, S. (Hrsg.): *Careers of Couples in Contemporary Societies: From male breadwinner to Dual Earner Families*. Oxford, UK: Oxford University Press 2001. S. 77-97.

24 Verbakel, E. / de Graaf, P. M.: *Partner effects on labour-market-participation and job level: opposing mechanisms, work, employment and society*, 23, S. 635-654.

25 Bathmann, N. et. al.: *Gemeinsam zum Erfolg? Berufliche Karrieren von Frauen in Paarbeziehungen*. Wiesbaden 2013.

Das Erkenntnisinteresse von HENDRICKX et. al. liegt vor allem in der Beantwortung der Frage, welche Faktoren die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen steigern respektive senken²⁶. Sie haben dabei sowohl die Lebensumstände der Frauen als auch jene des Partners betrachtet und dabei zweierlei festgestellt: erstens hat der Erwerbsstatus des Mannes und sein Einkommen in der Tat einen Einfluss auf die spezifische Ausgestaltung des Tätigkeitsmodells der Frau. Ist der Mann arbeitslos, so befinden sich Frauen eher in einer Vollzeitberufstätigkeit²⁷. Ist er erwerbstätig, so hat die Höhe seines Einkommens einen Einfluss darauf ob sich Frauen nach dem Verlassen des Arbeitsmarktes – beispielsweise infolge einer Schwangerschaft – für oder wider einen Wiedereinstieg in das Erwerbsleben entscheiden. Je höher sein Einkommen ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Frau dafür entscheidet²⁸. Ferner haben sie festgestellt, dass grundsätzlich die ökonomischen Umstände des Mannes einen Einfluss auf die Arbeitsmarktentscheidung der Frau haben. Weder Bildung noch Religion spielen dabei eine Rolle²⁹. Zweitens haben sie bezüglich der Lebensumstände der Frau herausgefunden, dass die bereits gesammelte Arbeitserfahrung einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitsmarkt-beteiligung hat. Je mehr Arbeitserfahrung Frauen vorweisen können, also je fester sie im Beruf stehen, desto weniger sind sie bereit, ihre Erwerbsbeteiligung herunterzufahren³⁰. Insgesamt stellen sie fest, dass die Lebensumstände der Frau, insbesondere ihr Familienstatus und der Zeitpunkt, zu dem sie die Entscheidung trafen, den Erwerbsstatus zu ändern, einen größeren Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen haben, als die sozioökonomischen Charakteristika ihres Partners.

VERBAKEL und DE GRAAF haben einen allgemeineren Ansatz gewählt, indem sie generell die Effekte des Einkommens respektive der beruflichen Position des Partners auf ihre Interdependenz hinsichtlich des Erwerbsstatus des jeweils anderen Partners untersucht haben. Sie gehen zunächst von zwei widerstreitenden Mechanismen aus³¹: Erstens dem „*economic mechanism*“, der dafür zuständig ist, dass der finanzielle Druck bei einem hohen Einkommen des Partners sinkt und damit auch die Notwendigkeit und Bereitschaft, Vollzeit zu arbeiten. Zweitens der „*social capital mechanism*“, wodurch ein Partner mit einer hohen beruflichen Stellung als Sprungbrett oder Motivation dienen kann,

26 Vgl. Hendrickx et. al. a.a.O., S. 80.

27 Vgl. ebd. S. 95.

28 Vgl. ebd.

29 Vgl. ebd.

30 Vgl. ebd. S. 94.

31 Vgl. Verbakel / de Graaf a.a.O., S. 636 f.

selbst eine bessere Arbeit zu finden. Tatsächlich hat sich ergeben, dass die Ressourcen des Partners, also das Einkommen oder die berufliche Position, zwar einen negativen Effekt auf die Arbeitsstunden aber einen positiven Effekt auf die eigene berufliche Stellung haben. Diese widersprüchlichen Effekte können mit den angesprochenen Mechanismen erklärt werden.

3.2. Hypothesen

Aus den bisher erfolgten Betrachtungen, die sowohl die deutsche Entwicklungslinie der Familien- und Arbeitsmarktpolitik unter Berücksichtigung der historischen Teilung und Wiedervereinigung des Staates, als auch Ergebnisse europäischer Forschungsvorhaben der gleichen Thematik umfassten, lassen sich für die vorliegende Untersuchung einige Hypothesen ableiten, deren Validität zu überprüfen das Oberziel der Arbeit ist:

Hypothese 1: Das Einkommen des Partners beeinflusst das Arbeitsvolumen von Frauen negativ.

Diese Hypothese basiert auf zwei Pfeilern: erstens ist davon auszugehen, dass der Erwerbsbeteiligungsgrad von Frauen negativ auf ein steigendes Einkommen des Partners reagiert, da die Anreizstrukturen aufgrund der weiter bestehenden Gehaltsunterschiede in einigen Berufen nach wie vor zuungunsten von Frauen in der Erwerbsarbeit strukturiert sind. Zweitens scheinen sich viele Frauen weiterhin in der traditionellen Rollenverteilung verortet, weshalb sie nach wie vor viel Zeit in Reproduktionsarbeit investieren.

Hypothese 2: Der Einkommenseffekt verstärkt sich mit zunehmender Anzahl der Kinder.

Diese Vermutung basiert auf dem zuvor Angesprochenen, was hier unter dem Begriff *Traditionalisierungseffekt* subsumiert wird. Frauen sehen sich in der Regel als Mutter in der Rolle der Versorgerin im Sinne der Reproduktionsarbeit, wohingegen der Mann – insbesondere bei höherem Einkommen – häufig für die finanzielle Versorgung zuständig ist.

Hypothese 3: Ob Frauen in den alten oder neuen Bundesländern sozialisiert wurden respektive dort wohnen, beeinflusst die Stärke des in Hypothese 1 angenommenen Effekts.

Wie mit der Darstellung der unterschiedlichen Entwicklungslinien der Familienpolitik in der BRD respektive der DDR zu zeigen versucht wurde, war die Einstellung von Frauen gegenüber der Aufnahme oder Aufgabe einer Erwerbstätigkeit von gegensätzlichen Prämissen geprägt. Wurden die Frauen in der ehemaligen DDR hinsichtlich der zu leistenden Reproduktionsarbeit zum Zwecke der Einbindung aller produktiven Kräfte für den industriellen Fortschritt früh entlastet und in die Arbeitsgesellschaft integriert, herrschte in der BRD das Alleinverdienermodell vor. Es ist daher davon auszugehen, dass der negative Einkommenseffekt des Partners nach wie vor in den alten Bundesländern stärker ausgeprägt sein wird, als in den neuen Bundesländern. Diese Vermutung wird durch einen Blick auf die durchschnittlichen Renten von Frauen im Ost-West-Vergleich bestärkt: sie beträgt bei Frauen in den neuen Bundesländern durchschnittlich 846 €, bei Frauen in den alten Bundesländern 580 € und dies, obwohl das Rentenniveau im Osten insgesamt niedriger ist, als im Westen³². Dieser Unterschied ist allein damit zu erklären, dass Frauen im Osten, sofern sie erwerbstätig sind, länger und gemessen am Arbeitsvolumen in größerem Umfang erwerbstätig sind.

32 Vgl. Scharfenberg, K.: *Armut und Reichtum in Deutschland*. In: ver.di Bezirksfrauenrat Mittelfranken / (Hrsg.): *Armut in Deutschland. Unabwendbar oder politisch gewollt?* Nürnberg 2017. S. 19-24. Hier S. 21.

4. Ergebnisse der Untersuchung

4.1. Methode und Datenbeschreibung

Datengrundlage der vorliegenden Untersuchung bildet das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), welches als Längsschnitterhebung aufgrund seiner Zielgruppe auch als „*Haushaltspanel*“ bezeichnet wird³³. Befragt werden in diesem Rahmen seit 1984 „[...] *ausgewählte Haushalte und alle darin lebenden Personen* [...]“ sowie speziell „[...] *alle Personen im Alter ab 17 Jahren persönlich* [...]“³⁴ mit Wohnsitz in Deutschland. Es werden dabei jährlich die gleichen Haushalte befragt, wobei das SOEP nach einem „*Weiterverfolgungskonzept*“³⁵ funktioniert. Damit wird gewährleistet, dass die Lebenswelt der Befragten, zu der auch Umzüge und die damit verbundenen Veränderungen gehören, möglichst realistisch dargestellt wird. Das SOEP umfasst einen weit gestreuten Fragenkatalog, der versucht alle Lebensbereiche abzubilden. Dazu gehören u.a. auch Fragen zur Vorbildung, Schulbildung und beruflichen Bildung, zu Einkommensverhältnissen und sozialer Sicherheit, zur Arbeitsmarkt- und Berufsmobilität sowie zur Lebenssituation allgemein³⁶. Aus diesem Grund bietet es eine geeignete Grundlage um die Hypothesen der vorliegenden Untersuchung zu überprüfen.

Ziel der Arbeit ist es, im Grundsatz herauszufinden, wie sich das Einkommen des Partners auf die Erwerbstätigkeit der Frau auswirkt und welche Faktoren einen eventuell zu beobachtenden Effekt in die eine oder andere Richtung beeinflussen. Aus diesem Grund bietet sich für die Auswertung der vorliegenden Daten die logistische Regression als struktur-prüfendes Verfahren an³⁷. Demzufolge wird in der Auswertung überprüft, wie sich die Wahrscheinlichkeiten, dass Frauen am Erwerbsleben teilnehmen unter Berücksichtigung des Einkommens des Partners und vor allem unter differenzierter Betrachtung weiterer Umstände – beispielsweise Kinder/keine Kinder; aus Ostdeutschland stammend/aus Westdeutschland stammend – verändern.

33 Vgl. Wagner, G. et. al.: *Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender)*. In: Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv. Aug. Dezember 2008. S. 301-328. Hier S. 302.

34 Ebd. S. 301.

35 Vgl. ebd. S. 309.

36 Vgl. ebd. S. 305.

37 Vgl. Backhaus, K. et. al.: *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 14., überarb. & aktual. Aufl. Heidelberg 2016. S. 284.

Als abhängige Variable soll demnach der *Erwerbsstatus von Frauen* mit den beiden Merkmalsausprägungen „*nicht erwerbstätig*“ und „*erwerbstätig*“ definiert sein. Die unabhängigen Variablen, deren Einfluss auf die abhängige Variable zu untersuchen Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist, sind: *Einkommen des Partners* (in fünf Einkommenskategorien untergliedert: 0-999, 1.000-1.999, 2.000-2.999, 3.000-3.999, ≥ 4.000), *Anzahl der Kinder* (in vier Kategorien untergliedert: keine Kinder, 1 Kind, 2 Kinder, 3 oder mehr Kinder) und *Herkunft* respektive *Wohnsitz* (mit den Merkmalsausprägungen „*neue Bundesländer*“ und „*alte Bundesländer*“).

4.2. Ergebnisse

Bevor hier die Ergebnisse der Untersuchung präsentiert werden, sei zunächst auf einen Umstand hingewiesen, der die Stichhaltigkeit der Ergebnisse einem kritischen Blick unterzieht. Im dieser Untersuchung zugrunde liegenden Datensatz ist das Verhältnis von Menschen aus den alten Bundesländern und Menschen aus den neuen Bundesländern nicht ausgeglichen. Es beträgt ungefähr 3:1 (15.894:5.412 Beobachtungen). Daher stehen alle im Folgenden getroffenen Aussagen, die auf einen Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern abzielen, unter dem Vorbehalt der Nachprüfung mit ausgeglicheneren Datensätzen.

Da es hier um die Frage geht, ob der Erwerbsstatus von Frauen in einem Abhängigkeitsverhältnis zu dem Einkommen ihres Partners steht und dies nach Ost- und Westdeutschland verglichen werden soll, scheint es zunächst sinnvoll, sich die grundsätzliche Erwerbsstatusverteilung von Frauen anzuschauen.

Tabelle 1: Erwerbsstatus von Frauen nach Ost/West. Jahrgänge 1967 bis 1987.

Erwerbsstatus	neue Bundesländer	alte Bundesländer
erwerbstätig	74,08%	73,17%
nicht erwerbstätig	25,92%	26,29%

Quelle: SOEP 2011.

Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen der Jahrgänge 1967 bis 1987 bundesweit ungefähr gleich verteilt.

Einfluss des Erwerbseinkommens des Partners auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen

Entgegen des allgemeinen Trends (s. Tabelle 2) ist die Erwerbsquote von Frauen bundesweit nicht nur höher, als im Geschlecht unabhängigen Durchschnitt, sondern auch in den neuen Bundesländern ein wenig höher, als in den alten Bundesländern.

Tabelle 2: Erwerbsstatus (geschlechtsunabhängig) nach Ost/West.

Erwerbsstatus	neue Bundesländer	alte Bundesländer
erwerbstätig	53,81%	56,43%
nicht erwerbstätig	46,19%	43,57%

Quelle: SOEP 2011.

Tabelle 3: Einfluss des Partner-Einkommens und der Anzahl der Kinder auf den Erwerbsstatus von Frauen getrennt nach Ost/West (binominale logistische Regression)

Variable	neue Bundesländer		alte Bundesländer	
	<i>b</i>	<i>se</i>	<i>b</i>	<i>se</i>
Einkommen des Partners ¹	n.s.	n.s.	.1730965**	.0558779**
Anzahl der Kinder ²	-.6811876**	.151963**	-.7424882**	-.0674164**

** p < .01; * p < .05; n.s. nicht signifikant

¹ 5 Einkommenskategorien in Euro (1=0-999; 2=1.000-1.999; 3=2.000-2.999; 4=3.000-3.999; 5≥4.000)

² 4 Kategorien (0=keine Kinder, 1=1 Kind; 2=2 Kinder; 3=3 oder mehr Kinder)

Quelle: SOEP 2011.

Das logistische Regressionsmodell über die Variablen „Einkommen des Partners“ und „Anzahl der Kinder“ zeigt zunächst für das Einkommen, dass – entgegen der weiter oben aufgestellten Hypothesen – das Einkommen des Partners einen positiven Effekt auf den Erwerbsstatus der Frau hat. Mit steigendem Einkommen des Partners steigt demnach die Chance für Frauen, erwerbstätig zu sein. Für die neuen Bundesländer ist dieser Effekt statistisch allerdings nicht signifikant. Dies könnte ein Hinweis auf den von VERBAKEL und DE GRAAF postulierten *social capital mechanism* sein. Es ist beispielsweise davon auszugehen, dass einem hohen Einkommen auch ein höherer Bildungsabschluss zugrunde liegt. Da sich die Partnersuche zusätzlich häufig innerhalb desselben sozialen Milieus vollzieht, kann angenommen werden, dass die Höhe des Bildungsabschlusses des Partners mit der Höhe des Bildungsabschlusses der Frau korreliert. Dies könnte wiederum dazu führen, dass die Frau eher gewillt und motiviert ist, einer eigenen Karrierelaufbahn zu folgen. Allerdings zeigen die Ergebnisse aus Tabelle 3 auch, dass die Anzahl der Kinder einen negativen Effekt auf den Erwerbsstatus der Frau hat.

Einfluss des Erwerbseinkommens des Partners auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen

Je höher also die Zahl der Kinder, desto geringer sind die Chancen, dass die Frau einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Interessant ist hierbei, dass dieser Effekt – wie zuvor angenommen – für Frauen in den alten Bundesländern stärker ist, als für Frauen in den neuen Bundesländern. Dieser Umstand könnte in den historisch gewachsenen Unterschieden begründet sein.

Tabelle 4: Odds-Ratios nach Einkommen des Partners getrennt nach Ost/West.

Einkommenskategorie des Partners	neue Bundesländer	alte Bundesländer
0 - 999	8.5981877	5.502547
1.000 - 1.999	9.9832058	6.004656
2.000 - 2.999	11.591326	7.139421
3.000 - 3.999	13.458487	8.4886348
≥ 4.000	15.626414	10.092824
Eintrittswahrscheinlichkeit	1,16	1,18

Quelle: SOEP 2011.

Tabelle 4 bestätigt noch einmal die bisher gewonnenen Erkenntnisse. Mit jeder nächsthöheren Einkommenskategorie des Partners erhöht sich auch die Chance, dass die Frau erwerbstätig ist. In den neuen Bundesländern erhöht sich die Chance um das 1,16fache und in den alten Bundesländern um das 1,18fache. Der Effekt ist in den alten Bundesländern also etwas stärker, als in den neuen Bundesländern.

Die Anzahl der Kinder hat allerdings bundesweit einen großen negativen Einfluss auf die Chance (s. Tabelle 5). Wird die Anzahl der Kinder in dem Modell berücksichtigt, steigt die Chance einer Frau in den neuen Bundesländern mit steigendem Einkommen und wachsender Anzahl der Kinder um nunmehr das 0,506fache, in den alten Bundesländern um das 0,476fache. Hier wird auch noch einmal deutlich, dass der Effekt der Kinder auf die Erwerbstätigkeit der Frau in den alten Bundesländern größer ist, als in den neuen Bundesländern, es also in den alten Bundesländern für Frauen – bei gegebener finanzieller Absicherung durch das Einkommen des Mannes – üblicher ist, bei Mutterschaft zu Hause zu bleiben, um sich der Reproduktionsarbeit zu widmen. Allerdings sind die Unterschiede marginal. Dies lässt erkennen, dass die Vereinheitlichung des Sozialsystems Früchte getragen hat.

Tabelle 5: Odds-Ratios nach Einkommen des Partners und Anzahl der Kinder getrennt nach Ost/West.

Einkommenskategorie des Partners und Anzahl der Kinder	neue Bundesländer	alte Bundesländer
0-999 keine Kinder	8.5981877	5.0502547
0-999 1 Kind	4.3508178	2.4035587
0-999 2 Kinder	2.2015821	1.1439214
0-999 3+ Kinder	1.114035	0.54442448
1.000-1.999 keine Kinder	9.9832058	6.004656
1.000-1.999 1 Kind	5.0516587	2.8577852
1.000-1.999 2 Kinder	2.5562185	1.3601006
1.000-1.999 3+ Kinder	1.2934867	0.64731027
2.000-2.999 keine Kinder	11.591326	7.139421
2.000-2.999 1 Kind	5.8653928	3.3978519
2.000-2.999 2 Kinder	2.9679808	1.6171336
2.000-2.999 3+ Kinder	1.5018448	0.76963951
3.000-3.999 keine Kinder	13.458487	8.4886348
3.000-3.999 1 Kind	6.8102053	4.0399808
3.000-3.999 2 Kinder	3.4460707	1.9227409
3.000-3.999 3+ Kinder	1.7437658	0.91508664
≥4.000 keine Kinder	15.626414	10.092824
≥4.000 1 Kind	7.9072106	4.8034598
≥4.000 2 Kinder	4.0011726	2.2861021
≥4.000 3+ Kinder	2.0246561	1.0880205
Eintrittswahrscheinlichkeit	0,506	0,476

Quelle: SOEP 2011.

5. Resümee

Mithilfe der vorliegenden Untersuchung konnte ein differenziertes Bild gezeichnet werden, welches sowohl einige der zuvor getroffenen Annahmen bestätigen als auch widerlegen konnte. So zeigte sich zunächst, dass das Einkommen des Partners nicht wie angenommen einen negativen, sondern im Gegenteil einen positiven Effekt auf den Erwerbsstatus der Frau hat. Dies kann auf den von VERBAKEL und DE GRAAF in ihrem Aufsatz postulierten und auf die Kapitalarten von BOURDIEU zurückgehenden Effekt des *social capital mechanism* zurückgeführt werden, der besagt, dass die Höhe des Einkommens und der damit oft verbundene höhere Bildungsabschluss sowie der höhere soziale Status mit entsprechendem sozialen Netzwerk, die Erwerbschancen der Frau steigert. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Höhe des Bildungsabschlusses des Mannes mit der Höhe des Bildungsabschlusses der Frau korreliert, woraus folgt, dass jene Frauen höhere Chancen am Arbeitsmarkt haben auch in höhere berufliche Positionen zu gelangen, weshalb dort von einer höheren Motivation auszugehen ist, einem Beruf nachzugehen.

Auch konnte mit der Untersuchung widerlegt werden, dass das Einkommen des Partners besonders in den alten Bundesländern einen stärkeren negativen Effekt auf den Erwerbsstatus der Frau hat, als in den neuen Bundesländern. Hier hat sich wiederum das Gegenteil gezeigt, da der positive Effekt in den alten Bundesländern stärker ist. Anschließende Untersuchungen müssten zeigen ob dieser Umstand damit zusammenhängen könnte, dass der durchschnittliche Bildungsabschlussgrad in den alten Bundesländern grundsätzlich höher ist als in den neuen Bundesländern.

Allerdings konnten die Hypothesen 2 und 3 bestätigt werden. Der in Hypothese 2 angenommene negative Effekt der Anzahl der Kinder auf den Erwerbsstatus der Frau ist auch in der Untersuchung zu Tage getreten. Es konnte auch gezeigt werden, dass dieser Effekt in den alten Bundesländern stärker ist als in den neuen Bundesländern. Dies könnte mit den historisch gewachsenen Unterschieden und den Differenzen in der Sozialisation zusammenhängen. Es ist anzunehmen, dass es unter Frauen in den alten Bundesländern nach wie vor auf größere Akzeptanz stößt, bei Mutterschaft zu Hause zu bleiben, sofern das Einkommen des Partners eine entsprechende finanzielle Absicherung gewährleistet.

Die Ergebnisse sind, wie weiter oben bereits ausgeführt, jedoch aufgrund der Datenstruktur kritisch zu betrachten. So ist das Verhältnis zwischen Befragten aus den alten Bundesländern und Befragten aus den neuen Bundesländern nicht ausgeglichen. Das könnte einer der Gründe sein, aus dem die Ergebnisse der logistischen Regression des Erwerbsstatus der Frau in Abhängigkeit vom Einkommen des Partners für die neuen Bundesländer statistisch nicht signifikant sind. Bei künftigen Untersuchungen wäre also mit einem Datensatz zu arbeiten, welcher ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Bürgern der neuen und alten Bundesländer aufweist. Zweitens ist darauf hinzuweisen, dass anhand der vorliegenden Untersuchung keine eindeutigen Kausalitäten abzuleiten sind. Es müssen daher nicht unbedingt die untersuchten unabhängigen Variablen in einem Ursache-Wirkung-Zusammenhang mit den abhängigen Variablen stehen. Darüber hinaus sollte untersucht werden, inwiefern das Alter der Mütter einen Einfluss auf die Bereitschaft hat, die Erwerbstätigkeit aufzugeben. So scheint es plausibel anzunehmen, dass der Effekt der Anzahl der Kinder auf den Erwerbsstatus der Frau, unabhängig davon ob sie aus den alten oder neuen Bundesländern stammt, mit abnehmendem Alter der Mutter kleiner wird. Die vorliegenden Ergebnisse können daher als oberflächlicher Einblick lediglich auf Tendenzen und Trends hindeuten. Sie lassen noch viel Raum für weitere Untersuchungen die nötig sein werden, um den Partnereffekt auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen bemessen zu können.

6. Literaturverzeichnis

- Backhaus, K. et. al.: *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 14., überarb. & aktual. Aufl. Heidelberg 2016.
- Gerlach, I.: *Familienpolitik*. 2. akt. & überarb. Aufl. Wiesbaden 2010.
- Hendrickx, J. et. al.: *Couples' labour-market participation in the Netherlands*. In: Blossfeld, H.-P. / Drobnic, S. (Hrsg.): *Careers of Couples in Contemporary Societies: From Male Breadwinner to Dual Earner Families*. Oxford, UK: Oxford University Press 2001. S. 77-97.
- Kohler, U. / Kreuter, F.: *Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung*. Oldenbourg 2016. Hier insbesondere das 10. Kapitel: *Regressionsmodelle für abhängige kategoriale Variablen*. S. 350-405.
- Lillemeier, S. / Schäfer, C.: *Die Verteilung von (Frauen)Zeit und (Frauen)Geld auf dem „Arbeits“-Markt. Bewegt sich die Gleichstellungsschnecke überhaupt?* In: Jung, T. et. al. (Hrsg.): *In Arbeit. Emanzipation: Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik*. Münster 2014. S. 132-149.
- Peuckert, R.: *Familienformen im sozialen Wandel*. 7., vollst. überarb. Aufl. Wiesbaden 2008.
- Rosenbaum, H. / Timm, E.: *Private Netzwerke im Wohlfahrtsstaat. Familie, Verwandtschaft und soziale Sicherheit im Deutschland des 20. Jh.* Konstanz 2008.
- Scharfenberg, K.: *Armut und Reichtum in Deutschland*. In: ver.di Bezirksfrauenrat Mittelfranken (Hrsg.): *Armut in Deutschland. Unabwendbar oder politisch gewollt?* Nürnberg 2017. S. 19-24.
- Trappe, H.: *Emanzipation oder Zwang. Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik*. Berlin 1995.
- Verbakel, E. / de Graaf, P. M.: *Partner effects on labour-market participation and job level: opposing mechanisms, work, employment and society*, 23, S. 635-654.

- Wagner, G. et. al.: *Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender)*. In: *Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv*. Ausg. Dezember 2008. S. 301-328.